

Wochenblatt für Zschopau und Umgegend

Zschopauer Tageblatt u. Anzeiger

Das „Wochenblatt für Zschopau und Umgegend, Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“ erscheint wöchentlich. Monatlicher Bezugspreis 1.70 Pf. Zusatzgebühren werden in umf. Geschäftsräumen, von den Beamten, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Das Wochenblatt für Zschopau und Umgegend (Zschopauer Tageblatt und Anzeiger) ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zschopau, des Finanzamts und des Stadtrats in Zschopau bestimme Blatt.

Bankkonten: Erzgebirgische Handelsbank e. G. m. b. H. Zschopau. Gemeindekonto: Zschopau Nr. 41

Postleitzahlen: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Umsatzpreise: Die 48 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklamefeld 25 Pf.; Nachdruckstelle A: Nachweis 25 Pf.; Rüfferanzeigengebühr 30 Pf. jährlich Porto.

Organ für die Orte: Strumhermsdorf, Waldkirchen, Börnichen, Höndorf, Weißthal, Dittersdorf, Görlitz, Dittmannsdorf, Wipphofen, Scharfenstein, Schödchen, Pötschendorf

nr. 153

Donnerstag, den 4. Juli 1935

103. Jahrgang

Polens Außenminister beim Führer

Polen ist entschlossen die Politik Piłsudski's fortzuführen

Der polnische Außenminister Oberst Beck traf am Mittwoch in Begleitung seiner Gattin, seines Kabinettschefs Grafen Lubomirski und mehrerer Sekretäre zu einem zweitägigen Aufenthalt in der Reichshauptstadt ein.

Der Minister wurde bei der Ankunft des Bogen auf dem Bahnhof von den Herren der Polnischen Botschaft unter Führung des Botschafters Lipski begrüßt und dann von Staatssekretär Meissner im Namen des Führers herzlich willkommen geheißen. Ferner hatten sich Reichsausländerminister Freiherr von Neurath, Staatssekretär von Bismarck sowie der Chef des Protokolls Graf von Bassow zur Begrüßung des Gastes eingefunden. Vor dem Bahnhof hatte eine Kompanie der Leibstandarte Adolf Hitler Aufstellung genommen, die dem Minister die Ehrenbezeugung erwies. Außenminister Beck stellte dann in Begleitung des polnischen Botschafters Lipski dem Reichsausländerminister Freiherr von Neurath einen Besuch ab. Anschließend begab sich Minister Beck vom Botschafter Lipski und vom Reichsausländerminister Freiherr von Neurath begleitet, zu Fuß in die Reichskanzlei, wo die Wachen unter Bewehrung traten. Der Adjutant des Führers und Reichskanzler, Obergruppenführer Brückner, empfing die Gäste am Eingang und geleitete sie zum Führer.

Fortsetzung des Friedenswerkes.

Der Besuch des Außenministers Beck in Berlin steht in Polen im Vordergrund des politischen Interesses. Die Zeitungen veröffentlichten auf der ersten Seite das Berliner Programm und Aussagen aus Begrüßungsansprachen der reichsamtstädtischen Presse. Der der Regierung nahestehende „Kurier Vorwärts“ nimmt selbst in einem Leitartikel zu der gleichen Stellung und unterschreicht, daß

der Besuch mehr als nur ein Akt der Höflichkeit sei. Die Einladung und ihre Annahme haben ihren Grund in dem Willen, daß Friedenswerk fortzuführen, und zwar sowohl in der Richtung der nachbarlichen Beziehungen als auch in der Stärkung der Fundamente des europäischen Friedens. Es sei nicht absichtlich, neue diplomatische Dokumente anzufertigen, aber Außenminister Beck werde dem Reichskanzler vertrauen können, daß

Polen entschlossen ist, die Politik seines großen Marschalls weiterzuführen,

ohne von den Postulaten der Verständigung und der realen Aufgaben abzuweichen. Der europäische Frieden könne nicht als dauerhaft angesehen werden ohne eine

Verständigung auf der Linie London—Rom—Paris—Berlin—Warschau—Moskau. Heider sei die Kette zwischen Berlin und Paris im Augenblick unterbrochen und diese Unterbrechung sei der Grund von Störungen der europäischen Ruhe. Glücklicherweise sei die Zeit vorbei, da Frankreich sich über die Verständigung zwischen Warschau und Berlin aufregte. Ebenso würde in Warschau niemals eine Verständigung zwischen Paris und Berlin als Störung empfunden werden. Im Gegenteil, die französisch-deutsche Verständigung sei nicht nur wünschenswert, sondern geradezu nötig. Man sieht, schließt der Artikel, es fehlt nicht an Themen für die Berliner Besprechungen und an Gelegenheit, die deutsch-polnische Verständigung weiter auszuverwerten.

Der ähnlich eingestellte „Kurier Polonia“ betont, daß dieser erste Besuch eines polnischen Staatsmannes in Berlin bestimmt dazu beitragen werde,

die nachbarlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter zu stabilisieren.

Das Blatt gibt einen sehr freundlichen Überblick über die Verständigung seit der ersten Besprechung Adolf Hitlers mit dem polnischen Gesandten, die ein Wendepunkt in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen darstellen. Die Atmosphäre, in der Minister Beck seinen Besuch mache, sei einem Meinungs austausch bestimmt ähnlich.

Frühstück zu Ehren des polnischen Außenministers.

Außenminister Beck und Frau Beck nahmen am Mittwoch an einem Frühstück teil, das Reichsminister Erb von Neurath zu ihren Ehren veranstaltete. Bei dem Frühstück waren zugegen: der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, der Kabinettchef des polnischen Außenministers, Graf Lubomirski, Legationssekretär Friedrich sowie Botschaftsrat Prinz Lubomirski und Militärauftrichter Oberst Szymborski mit ihren Frauen. Von deutscher Seite nahmen teil: Staatssekretär von Molotow, der deutsche Botschafter in Warschau, von Molotow, Ministerialdirektor Meissner mit Frau sowie der Protokollchef Graf Bassow und Beamte des Auswärtigen Amtes.

Der Führer und Reichskanzler gab am Abend zu Ehren des in Berlin weilenden polnischen Außenministers Beck und dessen Frau ein Abendessen, an dem auch der polnische Botschafter Lipski, der deutsche Botschafter in Warschau, von Molotow, und die Begleitung des Außenministers Beck sowie mehrere Mitglieder der Reichsregierung und andere führende Persönlichkeiten des politischen Lebens teilnahmen. Im Anschluß an das Essen fand ein Konzert statt.

Europäische Gemeinschaft ohne Deutschland ein Trugbild

Die Zeit hat gegen Frankreich gearbeitet

Mit der Frage der deutsch-französischen Beziehungen beschäftigt sich in der radikalsozialistischen „Republique“ der Abgeordnete Bastid, Vorsitzender des Auswärtigen Kammerausschusses. Er weist zunächst auf die in England und auch in Frankreich in letzter Zeit sich anbahnenden Bestrebungen einer deutsch-französischen Annäherung hin und schreibt dann unter anderem:

„Die Atmosphäre scheint heute etwas besser zu sein. Unsere Öffentlichkeit sieht vielleicht einer freien Aussprache mit Deutschland nicht mehr ganz so fern wie noch vor einiger Zeit. Ob die Bedingungen für diese Aussprache für uns günstiger sind, ist eine andere Frage. Ich habe nicht das Gefühl, daß ein heute verwirklichtes Abkommen genau denselben Wert haben könnte wie eine gestern erzielte Verständigung.“

Wir haben wieder einmal Zeit verloren.

Die Ereignisse der letzten Wochen bezeugten mit unübersehbarer Gewalt, daß jede Politik, die selbst den flüchtigen und trügerischen Anschein einer diplomatischen Einreisung Deutschlands besitzt, zum Mißerfolg verurteilt ist. Wir lassen dem Trugbild nach, Deutschland legten Endes in eine Art europäische Gemeinschaft aufzunehmen, deren Plan ohne Deutschland aufgestellt werden soll. Aber weder wird Deutschland diesem System zustimmen, noch werden die übrigen Mächte sich für seinen endgültigen Abschluß hergeben. Inzwischen wächst das Ansehen Deutschlands. Das ist eine Tatsache.

Deutschlands Anziehungskraft debütiert sich aus, sogar bis in die Ballungsräume.

Die bisher überlieferungsgemäß der französischen Sache zugedachte waren. Ich stelle das mit größter Traurigkeit fest. Soll man aber warten, bis die Ereignisse sich vollendet haben?“

Heute braucht Deutschland uns noch; wird das aber immer der Fall sein? Vom Standpunkt unseres heiligen Egoismus aus — keine Formel trifft heute besser zu als diese — steht nichts der Anbahnung von Besprechungen im Wege.

Die Friedensmission der Frontkämpfer.
Offene Worte eines englischen Offiziers an die tschechischen Legionäre.

Anlässlich des 3. Kongresses der Tschechischen Legionäre in Prag, zu dem eine große Anzahl ausländischer Vertreter eintrifft und an dem sich ungefähr 30000 tschechische Legionäre beteiligen werden, äußerte sich der in Prag eingetroffene Major der englischen Frontkämpfervereinigung, Bruner Cohen, einem Vertreter des tschechischen Legionärblattes gegenüber über die Aufgaben der internationalen Frontkämpfervereinigung und deren Friedensmission.

Cohen erklärte, die englische Frontkämpfervereinigung sei der Auffassung, daß es sehr wichtig ist, den Versuch zur Verständigung der einstigen Frontsoldaten aller und nicht nur der einst verbündeten Lager zu unternehmen.

Deshalb habe man sich entschlossen, auch den deutschen, österreichischen und ungarischen ehemaligen Frontsoldaten einen Besuch abzustatten.

Cohen und der englische Offizier Schwander werden von Prag nach Wien und Budapest reisen, während die zweite Gruppe der englischen Delegation unter Führung des Majors Godlev und des Obersten Troßfeld sich nach Berlin begibt. Auf die Frage, ob diesem Besuch ein vereinbartes Programm zugrunde liegt, antwortete Cohen verneinend und erklärte, es handele sich nur um ein

freundschaftliches Zusammentreffen, um die Möglichkeiten zur gemeinsamen Arbeit zu suchen.

Die englische Delegation verhandelt nicht für ihre Regierung und treibt auch keine Politik, sie vertrete nur die ehemaligen Frontsoldaten, die nicht wünschen, daß ihre Kinder einen neuen Krieg durchmachen müssen.

Hoffentlich folgen auch die tschechischen Legionäre diese Mahnung; denn ihre Tagung ist z. B. dadurch gekennzeichnet, daß die deutschen Frontkämpfer als einzige auf ihrer Tagung nicht vertreten sein werden.

rote Massenaufmärsche am französischen Nationalfeiertag

Die Regierung befürchtet Zusammenstöße und Unruhen.

Die innere Krise Frankreichs und das Vordringen der radikalsozialistischen Elemente wird sich am Nationalfeiertag mit aller Schärfe offenbaren. Hatte der 14. Juli bisher den Charakter eines fröhlichen Volksfestes mit Tanz und lustigem Trubel auf der Straße, so wollen die Linksparteien dem Tag in diesem Jahr einen ausgesprochen revolutionären Charakter geben, der in riesigen Massenaufmärschen und dem üblichen Drum und Dran sich ausdrücken soll.

Natürlich wird den Höhepunkt des Nationalfeiertags wieder die große Parade bilden, die der Präsident der Republik wie üblich abnimmt. Dabei werden außer den Truppen des Standorts Paris Abteilungen des afrikanischen Heeres (Spahis, Juaven und schwarze Schützen) und etwa 100 Militärflugzeuge teilnehmen.

Die Regierung ist wegen der roten Aufmärsche sehr in Sorge, denn sie weiß, daß für die radikalsozialistischen Verbände der Tag eine Kraftprobe sein soll. Man befürchtet Unruhen und Zusammenstöße.

Englischer Kabinettstrat über den Abessinienkonflikt.

Das englische Kabinett behandelt in einer Sitzung am Mittwoch hauptsächlich die italienisch-abessinische Streitfrage und die Reise des Ministers für Völkerbundangelegenheiten, Eden, nach Paris und Rom. Eden gab seinen Kabinettkollegen einen ausführlichen Bericht über seine Besprechungen mit Laval und Mussolini.

Man meldet aus London weiter, daß die britische Regierung handelt in Verbindung mit Paris steht, da sie dringend wünscht, so weitgehend wie möglich mit der französischen Regierung zusammenzuarbeiten. Der britische Botschafter in Paris, Sir George Clerk, besuchte kürzlich das französische Außenministerium und werde das auch weiterhin tun, damit der englisch-französische Gedanken austausch in dieser Frage nach Erfordernissen der Lage mündlich stattfinden könne. Über diesen laufenden Meinungs austausch hinaus plane die britische Regierung gegenwärtig nicht, an andere Völkerbundsmitglieder heranzutreten.

Verhaftungen in Danzig wegen staatsfeindlicher Unruhen.

Die Polizei des Danziger Senats teilt mit: Durch die Polizei sind folgende Personen in Haft genommen worden: Kriminalbeamter auf Wartegeld Galli, Oberregierungsrat im Ruhestand Weber, Staatsanwalt Schlosser Dr. Hülfss, Kriminalbeamter auf Wartegeld Kompa, Landgerichtsdirektor Kühl, Polizeikommissar, Landgerichtsdirektor Zähle und Polizeihauptwachtmeister Käse.

Bei einem Teil der festgenommenen ist eine staatsfeindliche Beleidigung bereits nachgewiesen, während bei einem anderen Teil dringender Verdacht besteht; weitere Maßnahmen stehen bevor.